

Berlin beharrt auf Plan für Mietendeckel

Wohnungswirtschaft spricht von einer „Enteignung durch die Hintertür“

VON STEFAN KRUSE

Berlin. Ungeachtet heftiger Kritik hält der rot-rot-grüne Berliner Senat an seinem Ziel fest, den Anstieg der Wohnkosten mittels eines Mietendeckels zu stoppen. „Wir wollen ein Stoppzeichen setzen gegen Spekulationen, für

leistbare Mieten und eine soziale Stadt“, sagte Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Die Linke) am Montag. Allerdings ist offen, ob die am Wochenende bekannt gewordenen Eckpunkte aus ihrem Fachbereich mit den Mietobergrenzen von maximal 8 Euro je Quadratmeter unverändert in einen Gesetzentwurf einfließen.

Die Koalitionspartner SPD und Grüne mahnen rechtssichere und verhältnismäßige Lösungen an. Die Wohnungswirtschaft kündigte Widerstand gegen die bundesweit einmali-

gen Pläne an. „Wir werden uns wehren“, sagte Andreas Mattner, der Präsident des Zentralen Immobilien-Ausschusses. Er sprach von „Enteignung durch die Hintertür“ und forderte die Fraktionen im Bundestag auf, das Vorhaben vom Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen.

Derweil gerieten Immobilienaktien unter Druck. Vor allem bei den Papieren der auf Berlin fokussierten Konzerne Deutsche Wohnen SE und Ado Properties hinterließen die Ideen für den Mietendeckel Spuren. „Dieser Entwurf zu einem Berliner Mie-



Wohnen wird nicht nur in der Bundeshauptstadt Berlin immer teurer. Foto: Jens Kalaene/dpa

tendeckel ist ein Frontalangriff auf den Rechtsstaat und den Zusammenhalt in der Stadt“, erklärte die Deutsche Wohnen.

Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes in Berlin will der Senat alle Mieten für fünf Jahre per Gesetz einfrieren. Laut Lompschers Plan sollen Wohnungen je nach Alter und Ausstattung künftig nicht mehr als 3,42 Euro bis 7,97 Euro Kaltmiete je Quadratmeter kosten dürfen. Die Lage soll keine Rolle spielen. Ausgenommen von dem Mietendeckel sollen nur Neubauten ab 2014 sein.